

Christlicher Textilarbeiter

Centralorgan für Deutschland.

Gott und unser Recht!

Verantwortl. Redakteur: C. M. Schiffer in Düsseldorf,
Corneliusstraße 66. Telefon-Nr. 4423.
Berichte und sonstige Beiträge sind bis Montag abends an die
Redaktion in Düsseldorf einzuliefern.

Anzeigen kosten die gespaltene Zeile 20 Pfg. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt.
Beilagen werden mit 5 Mk. das Laufend berechnet.
Postzeitungsliste Nr. 1649.

Der „Christliche Textilarbeiter“ erscheint jeden Samstag und
kostet hieteiljährlich 75 Pfg.; durch die Post bezogen 90 Pfg.
Expedition, Druck und Verlag von Joh. van Aken in
Krefeld, Luth. Kirchstraße 65. Telefon-Nr. 1358.

7. Jahrgang.

Krefeld, Samstag, 18. März 1905.

Nr. 11.

Einladung

zur IV. ordentlichen

Verbands-Ausschuss-Sitzung

am Samstag, den 25. und Sonntag, den 26. März er.
(weicht. auch Montag, den 27. März) im Pauluskaufe zu
Düsseldorf. Die verehrl. Verbandsauschussmitglieder wollen
sich auch für Montag, den 27. März, frei machen.

Tagesordnung:

- 1) Geschäfts- und Kassenbericht;
- 2) Beratung und Beschlussfassung über das neue Verbandsstatut;
- 3) Vornahme der erforderlichen Wahlen;
- 4) Anträge des Centralvorstandes betr. das Verbandsorgan;
- 5) Erledigung der sonstigen Anträge, welche bis zum 19. März dem Unterzeichneten eingereicht sein müssen.

Der Centralvorstand.

J. B.: C. M. Schiffer, Vorsitzender.

Diejenigen Ortsgruppen-Vorstände,

welche das Resultat der Urabstimmung etwa noch nicht dem
Bezirksvorstand eingefandt haben, wollen der Central-
stelle in Düsseldorf, Corneliusstr. 66, gefl.

sofort

Folgendes mitteilen:

- 1) Gegenwärtige Mitgliederzahl,
- 2) das Resultat der Urabstimmung,
- 3) die genaue Adresse des Ortsgruppen-Vorstandes.

Die Geschäftsstelle.

J. B.: C. M. Schiffer.

Wozu die Beitragserhöhung?

Unser Verband steht im Zeichen der Beitragserhöhung. Ueber die Notwendigkeit derselben wird lebhaft diskutiert. Und doch sollte die Frage der Beitragserhöhung bei geschulten Gewerkschaftlern eigentlich gar keiner Erwerterung bedürfen. Wer sich einmal über die Notwendigkeit der Beitragserhöhung klar geworden ist, für den beantwortet sich die Frage der Beitragserhöhung im vorliegenden Falle schon ganz von selbst. Wir gewerkschaftlich organisierte Arbeiter haben uns unsern Verband geschaffen, um im wirtschaftlichen Existenzkampf nicht unterzugehen. Wir zahlen unsern Verbandsbeitrag, weil wir ganz genau wissen, daß nur ein Leistungs- und jederzeit aktionsfähiger Verband eine wirkliche Interessenvertretung für uns sein kann. Es ist nun ganz selbstverständlich, daß die Leistungsfähigkeit des Verbandes sich den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen, vor allem aber den immer mehr sich ausbreitenden und festigenden Arbeitgeberverbänden anzupassen hat. Aus dieser Erkenntnis heraus sind die weitblickenden Kollegen schon seit Jahren für eine angemessene Erhöhung der Beiträge eingetreten. Wenn der Verband bisher von höheren Beitragsfähigen Abstand genommen hat, so bewog ihn dazu die Rücksicht auf die fernstehende, indifferente Masse, welcher zur Schaffung unseres großen Organisationswerkes der Opfermut und die Arbeitsfreudigkeit fehlte. Heute aber haben wir den Organisationsbau, wenn auch keineswegs vollendet, so doch bereits mit dem schließenden Dache versehen, dessen Schutz und Schirm auch von den Unorganisierten immer mehr als angenehmer Zufluchtsort in den Stürmen des Daseinskampfes empfunden und gewürdigt wird. Wer immer in der Agitation praktisch tätig war, der wird erfahren haben, daß seitens der Unorganisierten nicht so sehr darnach gefragt wird: Welche Beiträge müssen wir entrichten, als vielmehr darnach: Was leistet der Verband?

Können wir in der Agitation darauf hinweisen, daß der Verband auf Grund seiner starken Kasse jederzeit in der Lage ist, die Interessen seiner Mitglieder mit Nachdruck zu vertreten, dann wird die Anwerbung neuer Mitglieder trotz des höheren Beitrages weit leichter sein, als wenn man uns vorrechnen kann, daß der Verband unter den heutigen Verhältnissen nicht in der Lage ist, wirklich schwere Kämpfe erfolgreich durchzuführen zu können.

Was verlorengegangenen Streiks ist den verschiedenen Organisationen das Verständnis ihrer ungenügenden Macht und damit die Erkenntnis der Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge gekommen. Das erleben wir auch jetzt wieder an den Bergarbeiterverbänden. Man entsteht für uns die Frage: Sollen auch wir so lange mit der Beitragserhöhung warten, bis uns die Notwendigkeit derselben durch einen Mißerfolg oder eine Riensausperrung gleichsam mit elementarem Gewalt aufgebrängt wird? Sollen auch wir so lange warten, bis wir durch Schaden klug werden, oder sollen wir uns bei Zeiten genügend wappnen, um für alle Fälle gerüstet zu sein? Indem wir den letzteren Weg beschreiten, werden wir unsere Interessen am besten wahren.

Wohl werden bei einer Beitragserhöhung Mitglieder abspringen. Diese springen aber gewiß nicht weit. Sie werden schon sehr bald einsehen, daß sie einen Sprung ins Dunkle gemacht haben, dafür sorgen schon unsere heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse und — die Herren Arbeitgeber. Auch der Hinweis darauf, daß wir als Textilarbeiter den erhöhten Beitrag nicht zu zahlen vermöchten, kann nicht als stichhaltig gelten. Unsere Vertrauensmänner können ein Vieles davon sagen, daß die ärmsten Mitglieder, z. B. Familienväter mit zahlreicher Familie, meist die besten und pünktlichsten Beitragszahler sind, wogegen die bestgestellten Arbeiter die mürrischsten und unpünktlichsten Beitragszahler sind. Ein Vertrauensmann der Ortsgruppe Barmen berichtet dem Schreiber dieses, daß eine arme Witwe, die für sich und ihre drei kleinen Kinder zu sorgen habe, zu seinen pünktlichsten Beitragszahlern gehöre. Hut ab vor dieser wackeren Frau und — geht hin und tuet deagleichen.

Die Erhöhung der Beiträge wird ja auch wohl mit dem Hinweis abgelehnt, daß man im Falle eines größeren Streiks sich mit einer geringen Unterstützung zufrieden geben oder ganz auf dieselbe verzichten werde. Beim Bergarbeiterstreik wie auch in früheren Kämpfen hat sich gezeigt, daß die am wenigsten opferwilligen Mitglieder und die eben beigetretenen die — lautesten Rufe nach Unterstützung waren. Mit dieser Tatsache hat jeder Verband zu rechnen, und es wäre eine verhängnisvolle Selbsttäuschung, würde dies von der Organisation außer Acht gelassen.

Unser Ziel ist der gewerbliche Friede — ein Friede, bei dem auch die Rechte des Arbeiters Anerkennung finden. Von diesem Ziele sind wir aber noch weit entfernt. Wobard? Nun der Verband war bisher noch nicht mächtig genug, den berechtigten Forderungen der Arbeiter überall Geltung zu verschaffen und die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch den Abschluß von Tarifverträgen zu regeln. Wohl haben wir, besonders in letzter Zeit, eine ganze Reihe Lohnbewegungen erfolgreich durchgeführt. Damit dürfen wir uns aber keineswegs begnügen. Noch sind die Verhältnisse im Textilgewerbe tiefstaurige. Die Verbesserung derselben muß heute mehr denn je unsere Aufgabe sein. Lange genug schon haben die alten treuen Kollegen mancherorts auf das Eingreifen des Verbandes zwecks Verbesserung der Verhältnisse an Orte gewartet. Leider waren die vorhandenen Mittel des Verbandes zu sehr in Anspruch genommen, als daß er allen berechtigten Wünschen hätte Rechnung tragen können. Das muß und kann in Zukunft besser werden. Die Organisationsverhältnisse der Textilarbeiter haben sich bedeutend gebessert. Damit beginnt der Verband gewissermaßen in ein neues Stadium zu treten. Mühte der Verband in der Vergangenheit noch sein Hauptaugenmerk auf den äußeren Ausbau und die innere Festigung richten, so kann er sich in Zukunft mehr seinen eigentlichen Aufgaben: Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, zuwenden. Soll der Verband aber diesen seinen Aufgaben in vollem Maße gerecht werden, so muß er über eine starke Kriegskasse verfügen. Zum Kriegsführen werden wir noch oft genötigt sein. Dazu aber gehört Geld, Geld und nochmals Geld. Damit glauben wir die Frage: „Wozu die Beitragserhöhung?“ genügend beantwortet zu haben.

Verbandskollegen, auf zu ernstem Ringen,
Die Knauererei muß jetzt ein Ende nehmen.
O, opferfreudig sein vor allen Dingen,
Sonst müssen wir uns als Verbandler schamen.

Den höher'n Beitrag freudig einzuzahlen
Sei eine Christenpflicht der Bruderliebe,
Und wer sich weigert, darf gewiß nicht prahlen,
Daß seinem Stand er gar nichts schuldig bliebe.

Der echte Geist, ach müg' er keinem fehlen,
Kein leerer Wahn sei der Kollegen Treue,
Wehr Opferstimm soll ferner uns befeelen,
Damit zu spät nicht plappert bitt're Neue.

Auch du, Kollegin, darfst gewiß nicht zaudern,
Die ersten Zeiten mußt auch du verstehen,
Was sie erfordern? — Kein umständlich Plaudern,
Für den Verband nicht auf fünf Pfennig sehen.

Die Schlämm' fort, wir haben große Ziele,
Und kleinlich Knickern hemmet unser Streben.
Wenn der Verband den Knauern anheim fiele,
Das war ein Schlag für das Gewerkschaftsleben.

Zur Reform des Verbandsstatuts.

Unter obiger Ueberschrift sind in letzter Zeit recht viele Wünsche geäußert und Vorschläge gemacht worden. Diese rege Diskussion gibt Zeugnis davon, daß der gewerkschaftliche Geist unter den Mitgliedern lebendig ist und Fortschritte macht. Es wird nicht angängig sein, allen geäußerten Wünschen entgegen zu kommen. Auch für den Ausschuss, als gesetzgebende Instanz, wird der Spruch zutreffen: „Allen Menschen recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann.“

Zu einem Punkt, über den viel geschrieben wurde, möchte auch ich meine Meinung sagen, nämlich über die Höhe des Prozentsatzes der Einnahme, der demnachst den Ortsgruppen verbleiben soll. Die meisten Vorschläge, die bis jetzt gemacht wurden, liefen auf Erhöhung der Ortsgruppeneinnahme hinaus. Sie variierten zwischen 15, 20 und 25%. Das ist nach meiner Meinung denn doch des guten etwas zu viel verlangt.

Ich denke eine Ortsgruppe, mag sie groß oder klein an Mitgliederzahl sein, könnte bei einigermaßen gutem Willen recht gut mit 12% auskommen.

Ich nehme a. Bsp. unsere Ortsgruppe. Dieselbe besteht jetzt bereits drei Jahre. Wir fingen mit 38 Mitgliedern an. Ende 1903 hatten wir bereits 60 Mitglieder und einen Kassenbestand von 68 Mk. dazu. Damit haben wir im verfloßenen Jahre vier öffentliche Versammlungen abgehalten, zwei mit einer bekannten auswärtigen Referentin, eine Bewegung in einer hiesigen größeren Fabrik geführt, die zur Zufriedenheit der Belegschaft verlief, ferner Bücher für die Bibliothek und Utensilien angeschafft. Dabei ist unsere Ortsgruppe bereits auf 160 Mitglieder angewachsen, und wir haben auch einen ansehnlichen Kassenbestand. Ich will nun nicht durch das eben angeführte ein „Loblied“ auf unsere Ortsgruppe gesungen haben, sondern ich will dadurch beweisen, daß eine Ortsgruppe bei 12% Einnahme gar nicht, wie verschiedentlich behauptet wurde, „lahmgelegt“ oder in ihrer Bewegung gehemmt wird.

Es wird in dieser Beziehung auch manchmal viel gesündigt. Werfen wir einen Blick in den Versammlungskalender. Da finden wir recht oft bei gewöhnlichen Versammlungen den Vermerk: „Referent zur Stelle.“ Ein altes Sprichwort sagt: „Mitzuwil ist ungesund.“ Dies trifft auch hier in vielen Fällen in betreff der Referenten zu. Wenn da eine Ortsgruppe in jeder Monatsversammlung einen Referenten zur Stelle hat, dann ist es leicht begreiflich, daß beständig Ebbe in der Kasse ist. Bei solchen Verfahren liegt dazu die Gefahr der Verschachtung und Verwöhnung unserer Mitglieder nahe. Beweis genug hierfür sind die zahlreichen Berichte in unserem Organ, wo „trotz Referent“ der Versammlungsbesuch als schlecht bezeichnet wird. Muß ein Referent vor leeren Tischen und Bänken sprechen oder gar unverrichteter Sache abziehen, so sind die letzten Dinge schlimmer als die ersten.

Die Ortsgruppenvorstände können m. E. auch ganz gut aus sich heraus eine anregende Versammlung zustande bringen. Wenn es auch hier und da noch an intelligenten Kollegen fehlt, die einen Vortrag halten können, so kann ja ein lehrreiches Buch aus der Bibliothek genommen werden, daraus ein Abschnitt vorgelesen und zur Diskussion gestellt werden u. a. m. So wird doch immer genug Anregung in die Versammlung kommen, und die Mitglieder lernen und werden befähigt, in der Diskussion sachlich mit einzugreifen. Kollege Weis-Werfen schreibt in Nr. 4: „Bei kleinen Ortsgruppen, deren Mitglieder kurz beisammen wohnen und das Sachorgan unentgeltlich verteilt wird, läßt sich schon eher mit 12% auskommen. Einer größeren Ortsgruppe hingegen, welche die „Zeitungsbeizorgere“ (?) zu entschädigen hat, stehen bei diesem Satze für ihre übrigen Ausgaben fast keine Mittel mehr zur Verfügung.“ Ueber den Ausdruck „Zeitungsbeizorgere“ muß ich mich wundern. Ich denke doch, wir haben Vertrauensleute resp. Förderer, und diese sind doch in der Regel intelligente und opferwillige Kollegen, die nicht bezahlt werden, sondern der Sache um dieser selbst willen dienen. Aber wenn man liest, daß es Ortsgruppen gibt, wo diese Förderer 8% der Einnahme erhalten, dann muß ich in solchen Fällen dem Kollegen Weis Recht geben, daß er von „Zeitungsbeizorgern“ spricht. Nicht zustimmen kann ich ihm in seiner Meinung, daß keine Ortsgruppen eher mit 12% auskommen können. Ich denke umgekehrt ist hier gefahren. Ich muß hier wieder auf unsere Ortsgruppe zurückgreifen: In Ausdehnung ist dieselbe eine der größten des Aachener Bezirkes, denn wir haben drei Ortschaften zu versorgen. Trotzdem ist es noch niemals einem unserer Förderer eingefallen, mehr zu verlangen. Dieselben dienen eben, gleich wie der Vorstand, der Sache. Opfer müssen wir alle bringen, wollen wir zu unsern Zielen kommen. Unser Hauptstreben muß darauf gerichtet sein, die Zentralkasse zu stärken. Aller „Egoismus“ muß hier bei Seite gelassen werden. Wir müssen arbeiten, einmütig zusammen unter der Devise: Einer für alle und alle für einen! Ich bin der Ansicht, daß bei richtiger Wirkhaftung mit 12% sich ganz gut auskommen läßt und wünsche, daß dieser Satz im neuen Statut festgelegt wird. Verlautenheide. A. D.

Neues aus der Gewerkschaftsbewegung am Oberrhein.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung am Oberrhein hat im letzten halben Jahre bedeutende Fortschritte gemacht. Eine ganze Reihe von neuen Ortsgruppen sind gegründet worden, und die schon bestehenden haben ihren Mitgliederbestand bedeutend vermehrt. Mit dem Anwachsen der Bewegung sind aber auch die Aufgaben gewachsen, welche der Organisation zur Bearbeitung überwiesen werden, ebenso die Hindernisse, welche sich der weiteren Ausbreitung der Organisation entgegenstellen. Eines der beliebtesten Mittel, den Arbeitern die Agitation für den Verband zu erschweren, ist in letzter Zeit die Maßregelung von Kollegen und das Führen von schwarzen Listen. Von mehreren Fabrikdirektoren werden mit einer bewundernswürdigen Naivität zugegeben worden, daß am Oberrhein die schwarzen Listen zirkulieren, und wohe dem Kollegen, der es gewagt hat, an dem Herrenstandpunkt der Unternehmer zu ritten, er kommt erbarmsamerweise auf diese Ehrenliste und hat dann das zweifelhafte Vergnügen, entweder auszuwandern, oder zu verhungern. Aber alle diese Praktiken haben nicht vermocht, den Fortlauf der Bewegung zu hemmen, im Gegenteil. Die unmoralische Handlungsweise des Unternehmertums hat den Arbeitern die Augen geöffnet und sie in Scharen der Organisation in die Arme geführt. Die Unternehmer sind die besten Agitatoren für die Organisation geworden.

So ist es im Wiesental und auch anderwärts. Zu Zell wurde Kollege Rümmele gemahnt, weil er einen Vortrag über das „Geschäft“ gehalten haben sollte. Rümmele sprach im evangelischen Arbeiterverein über das Thema: „Technischer Arbeiterschutz“ nach den Vortragsnotizen des Gewerbeinspektors Fischer in Berlin. In dem Vortrage erwähnte Rümmele bei dem Punkte „Staubentwicklung“, daß besonders während des Betriebes der Staub nicht von den Luftschichten usw. heruntergeschloht werden sollte. Auch sollten aus sanitären Gründen die Gänge erst nach der Arbeitszeit gewischt werden. Damit die Arbeitsräume heller würden, sollten die Oberfenster recht oft geputzt werden. Dies alles sind Forderungen, die nicht erst gestellt, sondern von einer tüchtigen Geschäftsleitung als selbstverständlich ohne weiteres erfüllt werden sollten. Aber weit gefehlt! Anstatt auch nur die allernotwendigsten, sanitären und hygienischen Verbesserungen durchzuführen, wird Kollege Rümmele auf das Bureau gerufen und ihm prägnant erklärt: Wir dulden keine Aufsichtsbehörde im Geschäft und ihm mit Entlassung gedroht. „Ich will nicht, daß außerhalb des Geschäftes über daselbe gesprochen wird“, erklärte Herr Direktor Haller. Wer lacht da nicht! Die sozialpolitische Minderheit des Herrn Haller wird noch oft vor den Richterstuhl der öffentlichen Meinung geschleppt werden müssen, bis er seinen veralteten Herrschaftsstandpunkt aufgibt. Dieser taugt in unserer Zeit nichts mehr. Wenn man aber Frieden will, dann kann dieser nur geschlossen werden, wenn die gerechten Forderungen der Arbeiter erfüllt und diesen die Gleichberechtigung im Arbeitsvertrage zuerkannt wird. Auch die Forderung, „Errichtung eines Arbeiterausschusses“ werden die Arbeiter nicht fallen lassen.

Wie der Ochse mit der Peitsche angetrieben wird, so scheint auch bei gewissen Herren das Prämiensystem als Antriebsmittel für die Arbeiter gebraucht zu werden. Man denkt vielleicht, ohne daselbe würden sich viele Arbeiter keine Mühe geben. Dieser können die Arbeiter nicht mehr eingeschätzt werden. Herr Haller kann sich versichert halten, daß die Zeit kommen wird, wo die Arbeiter das Prämiensystem wie ein Joch abwürfen werden, das sie lange genug für die Arbeitgeber getragen haben. Man mag sich noch so sehr darauf versteifen, diese Einrichtung als sehr vorteilhaft für die Arbeiter hinzustellen, in der gegenwärtigen Form ist es nichts anderes, als ein Ausbeutungsmittel in der Hand des Unternehmers.

Als der Obermeister Schenker dem Kollegen Rümmele die Kündigung überbrachte, geschah es mit folgender Drohung: „Unternehmen Sie nur nichts gegen das Geschäft, solange Sie noch hier sind, sonst werden wir Ihnen den Abgang noch gehörig verpassen. Andernfalls bekommen Sie ein gutes Zeugnis, wie es Brauch und Recht ist. Wir dürfen Sie nur verdrängen“, und Sie bekommen im Wiesental nirgends mehr Arbeit. Jede Woche bekommen wir Briefe, schon mit Schreibmaschinen gedruckt, wir sollen den und den Arbeiter nicht einstellen. Da schiden die „Herrn“ großartig eine Kommission aufs Bureau und stellen Forderungen auf, von denen sie nichts verstehen. So f... dumme! Alle Hochachtung vor der Diplomatie Schenker-Haller. Das gäbe eine Zierde in den Vorstand des Unternehmerverbandes, die ihm bald das Grab geschnitten hätte. Die Herren wissen wohl nicht, daß ein solches Verfahren unter Umständen, als gegen die guten Sitten verstoßend, strafbar ist. Zur besseren Orientierung wollen wir ihnen hier ein Reichsgerichtsurteil anführen, welches zugunsten eines Arbeiters entschieden, der ebenfalls auf die schwarze Liste gesetzt worden war.

Ein Mitglied der Metallarbeitergewerkschaft, der Gießpiper St., wurde von der Eisengießerei-Aktiengesellschaft, normaler Kessling und Tomas, in Berlin gemahnt wegen Agitation für seine Organisation. St. fand in Berlin keine Arbeit mehr, weil er auf die schwarze Liste des Metallarbeiterverbandes (jetzt. Kesselmännerverband) gesetzt worden war. Er erhob auf Grund des § 826 des B. G. B. (Verstoß gegen die guten Sitten) Klage gegen die Firma. Nachdem er in allen Instanzen abgewiesen worden war, legte er Klage beim Reichsgericht ein. Dieses fällt folgendes Urteil:

„Das Urteil des 9. Zivilsenats des Kammergerichts in Berlin wird aufgehoben und in der Sache selbst auf die Berufung des Klägers das Urteil der 19. Zivilkammer des Landgerichts I in Berlin vom 15. Oktober 1901 dahin abgeändert, daß der Klageanspruch dem Beklagten nach für gerechtfertigt erklärt wird. Die Sache wird zur anderweitigen Verhandlung an das Landgericht zurückverwiesen. Die Entscheidung über die Kosten der Revisioninstanz werden dem Endurteil überlassen.“

Hier wird also vom höchsten deutschen Gerichte Hof das Treiben der Schafmader verurteilt und das Broilosmachen der Arbeiter geahndet. Das mögen sich die Herren Schenker-Haller merken, und wenn sie nachträglich wieder in ständiger Entschuldig über die Forderungen der Arbeiter in Gräbe geraten, dann mögen sie sich daran erinnern, daß auch die Arbeiter allen Grund haben, über das nicht einwandfreie Gebahren der Herren Schenker-Haller sich zu entsetzen. Denn auch die Arbeiter sind Menschen, und wenn sie ihre Zivilisation auch nicht in Anspruch gestellt haben, so verlangen sie eben doch, daß sie behandelt werden, wie Menschen es verlangen können. In Baden ist die Rente außer Gebrauch.

In Gääg, einem abseits vom Verkehr auf einem Berge gelegenen Dorfe, ist ebenfalls eine Ortsgemeinde gegründet worden, welche etwa 50 Mitglieder zählt. Die Mitglieder dieser Ortsgemeinde wohnen ziemlich zerstreut auf den umliegenden Bergen und arbeiten in der Fabrik in Stögmatt, welche zur mechanischen Weberei Zell gehört. An einem der verbliebenen katholischen Feiertage wollten diese Leute frei haben, was aber nicht bewilligt wurde. Es blieben nun sämtliche Leute von der Arbeit weg. Zur Strafe dafür wurde die Fabrik an den zwei folgenden Tagen ebenfalls geschlossen und zwang man die Arbeiter, zu feiern. U. G. hätten die Arbeiter wegen Verstoßes der Arbeit in Strafe genommen werden können, die Arbeitgeber waren aber nicht berechtigt, deswegen die Arbeiter zwei Tage von der Arbeit auszuschließen. Diese waren allerdings damals noch nicht organisiert, deswegen war auch niemand da, welcher die Fabrikleitung als Schabenerzogen verlor. Vor einem der darauffolgenden Feiertage wurde man den Arbeitern ein Paragraf vom „Brosamenmachen“ verlesen. So werden die Arbeiter im Wiesental behandelt. Dabei spricht Herr Haller von Befreiung der Arbeiter und sagt diesen ins Gesicht, daß die Feiertage niemals frei gegeben werden, denn das Geschäft rentiere sich so wie so schlecht. An gewöhnlichen Werktagen, an denen die Arbeiter gerne arbeiten möchten, da werden sie gezwungen zu feiern und an Feiertagen, wenn die Leute ihre religiösen Pflichten erfüllen möchten, müssen sie arbeiten, und die Träger dieser Arbeiterpflichten beschweren sich auch über die Arbeiter, die sich solches nicht mehr leisten lassen wollen. Als die Großherzogin babische Hofdamen von Bernau eintrafen, setzte sich die Fabrikleitung auf hohe Füße und rief stolz: Wir werden allein mit unsern Arbeitern fertig. Aber Herr Haller, die Arbeiter sind in der Tat nur Herr über das Fabrikwesen, über die Maschinen, Materialien usw. nicht aber über die Arbeiter. Diese haben sich allerdings bis jetzt sehr viel bieten lassen, aber es gibt eine Grenze, wo dieses alles aufhört. Bedenken Sie wohl,

daß das Konstitutionsrecht dem Arbeiter gesetzlich gewährleistet ist und daß ihm gestattet ist, auf Grund dieses Rechtes seine Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Dieses Recht können Sie nicht durch Arbeiterentlassungen und Schikanierungen aus der Welt schaffen. (Fortf. folgt.)

Zum neuen Berggesetz.

Den ausländigen Bergarbeitern wurde bekanntlich eine gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Bergwerken versprochen. Von der in Aussicht genommenen neuen Berggesetznovelle behauptete Graf Kosobowsky in der Reichstags-Sitzung vom 3. Februar:

„Wenn dieser Entwurf gesetzliche Sanktion erhält, wird eine ganze Reihe von Beschwerden der Bergarbeiter tatsächlich erledigt werden.“

Dieser Gesetzentwurf ist nunmehr dem preussischen Landtage zugegangen. Wir können gerade nicht sagen, daß „eine ganze Reihe von Forderungen“ durch die Annahme der Novelle ihre Erledigung finden werden. Immerhin bedeutet das Gebotene ganz wesentliche Verbesserungen im Arbeitsverhältnis der Bergarbeiter. Dies gilt besonders von dem Verbot des Wagnennullens und der Einführung obligatorischer Arbeiterausschüsse. Den wesentlichen Inhalt der Berggesetznovelle lassen wir hiermit folgen:

Mit Bezug auf das Wagnennullens bleibt die Bestimmung, daß genügend und vorchriftsmäßig beladene Fördergefäße nicht genullt werden dürfen; hinzugefügt wird, daß ungenügend oder vorchriftswidrig beladene Fördergefäße insoweit angerechnet werden müssen, als ihr Inhalt vorchriftsmäßig ist. Das Nullen eines ganzen Wagens, weil er das volle Gewicht nicht hat oder die Kohlen unrein sind, hört also auf; es dürfen nur Lohnabzüge in der Höhe des Mindergewichtes oder des Gewichtes von Gestein usw. gemacht werden.

Ständige Arbeiterausschüsse sind für alle Bergwerke, auf denen in der Regel mindestens 100 Arbeiter beschäftigt werden, obligatorisch. Die Bestimmungen des bisherigen Gesetzes darüber, was als ständiger Arbeiterausschuss gilt, bleiben bestehen, erfaßt aber den Zusatz, daß die von den volljährigen Arbeitern gewählten Mitglieder der Vertretungen mindestens 25 Jahre sein, mindestens ein Jahr auf dem Bergwerke gearbeitet haben, die bürgerlichen Ehrenrechte und der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein müssen. Ihre Zahl soll mindestens drei betragen.

Die Befugnisse der Arbeiterausschüsse sind im wesentlichen folgende. Sie können aus der Mitte der Arbeiter einen Vertrauensmann wählen, der auf Kosten der Arbeiter das Verahren der Feststellung der ungenügenden oder vorchriftswidrigen Beladung von Wagen und des bei der Lohnberechnung anzurechnenden Teiles der Beladung zu überwachen hat. Auf Antrag des Arbeiterausschusses (oder der Mehrzahl der beteiligten Arbeiter) ist der Bergwerksbesitzer verpflichtet, den Lohn des Vertrauensmannes vorchriftsmäßig zu zahlen. Der Arbeiterausschuss muß an der Verwaltung der Untertagekassen, in welche die Strafgeelder fließen, durch mindestens ein Mitglied beteiligt sein. Vor dem Erlaß einer Arbeitsordnung ist der Ausschuss über ihren Inhalt zu hören. (Auf den Bergwerken, wo kein ständiger Arbeiterausschuss besteht, ist den volljährigen Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich über den Inhalt zu äußern.) Durch die Arbeitsordnung können dem Ausschusse noch weitere Aufgaben zugewiesen werden. Außerdem hat er die Befugnis, Anträge, Wünsche und Beschwerden der Belegschaft zur Kenntnis des Bergwerksbesitzers zu bringen und sich darüber gutachtlich zu äußern.

Die Bestimmung über die Zulässigkeit von Geldstrafen wird dahin ergänzt, daß die im Laufe eines Kalendermonates verhängten Geldstrafen in ihrem Gesamtbetrage den doppelten Betrag des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes nicht überschreiten dürfen. Nach wie vor sind die Strafgeelder zum Besten der Arbeiter zu verwenden.

Die Arbeitszeit darf in Gruben oder Grubenabteilungen, in denen mehr als die Hälfte der besetzten Betriebspunkte eine gewöhnliche Temperatur von mehr als 22 Grad Celsius hat, vom 1. Oktober 1905 ab regelmäßig 8 1/2 Stunden und vom 1. Oktober 1908 ab 8 Stunden täglich nicht überschreiten. Die Oberbergämter können jedoch diese Anwesenheitszeiten für einzelne Gruben um höchstens zwei Jahre hinaussetzen, wenn dies zur Verhütung eines unvorhergesehenen Schadens erforderlich ist. Als Arbeitszeit gilt die Zeit von der Seilfahrt bis zu ihrem Wiederbeginn. An Betriebspunkten, wo die Temperatur mehr als + 28 Grad Celsius beträgt, dürfen die Arbeiter nicht länger als 6 Stunden beschäftigt werden. Sehr zu bedauern ist, daß kein gesetzlicher Maximalarbeitszeit, sondern eine sogenannte sanitiäre Arbeitszeit eingeführt werden soll.

Zu Ueber- und Nebenarbeiten zum Ausgleich von Betriebs- oder Abhängigkeiten können die Arbeiter durch die Arbeitsordnung verpflichtet werden, indes nicht an den Betriebspunkten, wo die Temperatur mehr als + 28 Grad Celsius beträgt. Auch dürfen sie nicht verpflichtet werden, dort, wo die Temperatur über + 22 Grad Celsius beträgt und deshalb die 8 1/2- bzw. die 8-stündige Arbeitszeit eingehalten ist, wesentlich mehr als eine 8-stündige Nebenarbeit oder zwei Ueberarbeiten bis zur Gesamtdauer von vier Stunden zu bejahen. Vor dem Beginn sowohl einer regelmäßigen Arbeit als einer Nebenarbeit muß für jeden Arbeiter eine mindestens 8-stündige Ruhezeit liegen. Das freiwillige Befahren einer Ueberarbeit ist nur innerhalb der Grenzen vorstehender Bestimmungen gestattet. Die Oberbergämter können bezüglich einzelner Gruben für einzelne Arbeiterklassen eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit über die 8 1/2- bzw. 8- und 8-stündige Schicht hinaus insoweit gestatten, als dies zur Sicherung der Arbeit und Durchführung des werktätigen Betriebes erforderlich ist und die Art der Beschäftigung eine Gewöhnung der Gesundheit ausgeschlossen erscheinen läßt. Außerdem können sie Ausnahmen von der Vorschrift, welche in den Gruben von mehr als + 22 Grad Celsius mehr als eine 8-stündige Nebenarbeit oder zwei Ueberarbeiten bis zu vier Stunden in der Woche verbietet, auf bestimmte Zeit zulassen, wenn dies aus überwiegenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten erscheint. Eine Nachweisung der bewilligten Ausnahmen ist alljährlich dem Handelsminister einzureichen. Die Verfügungen über Ausnahmen sind schriftlich zu erlassen, in das Rechnungsbuch einzutragen und durch Anschlag zur Kenntnis der Arbeiter zu bringen.

Seitens der vielen Konfessionen und Schafmader, die im preussischen Landtage noch eine nicht unbedeutende Rolle spielen, in der Gesetzentwurf nicht gerade freundlich aufgenommen worden. Man darf gespannt sein, ob die Novelle eine Mehrheit finden wird. Wenn nicht, dann muß der Reichstag ein deutliches Wort reden. Entschärfte der Entwurf noch das allerniedrigste von dem, was die Bergleute z. B. fordern können.

Uebrigens wollen die Bergarbeiterorganisationen jetzt zu der Regierungsvorlage Stellung nehmen. Die „Arbeitervorläufer“ hat vor einigen Tagen einmütig erklärt, an den Forderungen, die sie in der Eingabe an den Reichstagskanzler niedergelegt hat, festzuhalten.

ten. Demächst (28. März) soll in Berlin ein allgemeiner preussischer Bergarbeiter-Delegiertentag stattfinden, um den Bergleuten aller Provinzen Preußens Gelegenheit zu geben, zu der Gesetznovelle Stellung zu nehmen. Sämtliche gewerkschaftliche Bergarbeiterorganisationen sollen aufgefordert werden, Delegierte zu entsenden und evtl. Anträge zu stellen. Ferner werden Vertreter der einzelnen politischen Parteilaktionen eingeladen, und der Reichstagskanzler ist gebeten, je einen Vertreter des Reichsamtes des Innern, des preussischen Handelsministeriums sowie der fünf Oberbergämter Breslau, Bonn, Dortmund, Halle und Kassel zu dem Delegiertentag zu entsenden. — Als vorläufige Tagesordnung sind folgende Verhandlungsgegenstände vorgesehene:

1. Konstituierung des Bureau und Wahl der Kommissionen.
2. Die Berggesetzgebung im allgemeinen.
3. Die Novelle über das Stilllegen der Gruben.
4. Gesetznovelle. Die Bergarbeiterverhältnisse: a) Dauer der Schichtzeit und Ueberarbeitenszeiten; b) Arbeiterausschüsse; c) Wagnennullens; d) Grubenkontrolle; e) Strafwesen; f) Frauen- und Kinderarbeit im Bergbau.
5. Knappschaftsfragen.
6. Normale Arbeitsordnung.
7. Sonstige Anträge.

Auf diesem Delegiertentage wird die Stimmung der Bergarbeiter zum Ausdruck kommen und kann man nur wünschen, daß dieselbe ihren Eindruck auf die maßgebenden gesetzgebenden Kreise nicht verfehlt.

Gewerkschaftliche und soziale Rundschau.

Die politische Neutralität der Gewerkschaften

Ist infolge des Bergarbeiterstreiks wieder Gegenstand lebhafter Erörterungen. Die sozialdemokratische Presse behandelt diese brenzlige Frage natürlich in ihrem Sinne. Recht offenkundig läßt sich die „Metallarbeiter-Zeitung“, das Organ des stärksten „freien Verbandes“ vernehmen. Sie stellt fest, daß es eine rein parteipolitische Neutralität der gewerkschaftlichen Vereinigungen auf der ganzen Linie nicht gibt, und daß alles gegenteilige Gerüchte entweder Irrtum, Selbsttäuschung oder Schwindel ist.“ Sie könnten es nicht sein, weil die politischen Parteien nichts anderes seien als die Vertretungen bestimmter wirtschaftlicher Interessen.

Für die Arbeiter ist diese Interessenvertretung die sozialdemokratische Partei, weil sie die Arbeiterpartei ist, und weil sie daher nur Arbeiterpolitik treibt. Es hat daher nicht die Arbeiterpartei mit der Sozialdemokratie zu brechen, denn dadurch würde sie sich ja selbst aufgeben, sondern jene Arbeiter, die heute noch nicht auf dieser Seite stehen, haben ihr Verhältnis zu den bürgerlichen Parteien zu lösen, die in der Hauptsache andere Interessen als Arbeiterinteressen vertreten, und sich der sozialdemokratischen Arbeiterpartei anschließen. Bei klarer Erkenntnis der Dinge und ehrlicher Konsequenzen Betätigung ergibt sich dieser Weg von selbst.

Das ist die praktische Ausführung der den „freien“ Gewerkschaften auf dem Bremer Parteitag ans Herz gelegenen Hauptaufgabe, die Arbeiter zu Sozialdemokraten zu ziehen. Die christlichen Arbeiter aber machen diesen Rummel nicht mit.

Sozialdemokratische Gewalttätigkeit.

In Berlin besteht im Dachdeckergerwerbe seit der Lohnbewegung von 1902 ein korporativer Arbeitsvertrag, welcher zwischen der sozialdemokratischen und christlichen Dachdeckerorganisation einerseits und den in der Innung organisierten Dachdeckermeistern andererseits abgeschlossen ist und am 1. April d. J. abläuft. Auf Grund des Vertrages ist eine Schlichtungskommission eingesetzt worden, bestehend aus fünf Arbeitgeberern und fünf Arbeitnehmern. Unter letzteren befindet sich auch ein Vertreter der Organisation christlicher Dachdecker. Am 13. Februar ist diese Kommission zusammengetreten, um über die Verlängerung des Vertrages zu verhandeln. Die Vertreter des sozialdemokratischen Dachdeckerverbandes waren fünf Mann hoch erschienen (vier stehen ihnen nur zu) und erklärten nicht verhandeln zu wollen, wenn der Vertreter der christlichen Dachdecker an den Verhandlungen teilnimmt. Nach den Gründen für ihr Vorgehen befragt, gaben sie an: Sie erkennen die Organisation der christlichen Dachdecker nicht an, mit Unorganisierten verhandeln sie nicht; ihre Verhandlung habe so beschaffen. Als die Arbeitgeber an ihrem Standpunkt, mit Vertretern beider Organisationen zu verhandeln, festhielten, verließen die Vertreter der sozialdemokratischen Organisation das Lokal. Bezeichnend für das Vorgehen der sozialdemokratischen Vertreter ist besonders der Umstand, daß der Tarifvertrag nur durch das gemeinsame Vorgehen der beiden Organisationen bei den Lohnkämpfen von 1900 und 1902 zustande gekommen ist. Am Ende des Lohnkampfes von 1900 erschien der Zentralvorstand des sozialdemokratischen Verbandes, Herr Diehl, in der Verhandlung der christlich organisierten Dachdecker, belobigte sie ob ihres entschiedenen solidarisches Vorgehens und sprach den Wunsch aus, daß die Einigkeit der beiden Organisationen auch weiterhin bestehen bleiben möge! Jetzt wollen die 500 sozialdemokratisch organisierten die 100 Christlichen von der Teilnahme des Erfolges des gemeinsamen Kampfes gewaltfam ausschließen! Würden christlich organisierte Arbeiter so vorgehen, dann geterte die gesamte sozialdemokratische Presse über den christlichen Arbeitererrat, aber so...

Kleinliche Rechnereien.

Nachdem der große, einmütig geführte Kampf der Ruhrbergleute beendet ist, setzen sich kleine Geister mit spitzem Feder hin und berechnen, welcher Organisation die Gesamtbelegschaft den meisten Dank für die angezahlten Unterstützung schulde. So rechnet der „Gewerkschaftsbote“, Organ des rheinisch-westfälischen Ausbreitungsverbandes der Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften heraus, es habe aufgebracht:

die politische Vereinigung für jedes Mitglied	9,80 Mk.
der christliche Gewerkschaftsbote	6,50 „
der alte Verband	23,60 „
der Gewerkschaftsbote der Bergarbeiter	150,- „

Die „Hilfe“ legt dieser Haarspaltereie wie folgt einen Dampfer auf: Was soll mit solcher Ziffern bewiesen werden? Etwa daß die 670 organisierten Hirsch-Dunder'schen Bergarbeiter mit ihren guten Köpfen die Opferwilligsten unter den Streikenden gewesen seien? Oder daß der sozialdemokratische alte Verband finanziell allein den Streit ermöglicht habe? Vergißt man denn ganz, daß die Gesamtheit der Arbeiter und die Gesamtheit der sozialdemokratischen „Bürgerlichen“ erheblich bei den Sammlungen beteiligt war? Daß es oft nur eine Frage des Zufalls war, ob die gesammelten Unterstützungsgelder an eine sozialdemokratische oder eine christliche Adresse abgeliefert wurden? Will man die ungeheure moralische Unterstützung veressen machen, die für die Streikenden darin lag, daß die christlichen Bergarbeiterführer sich unbedenklich an die Spitze der Bewegung schrieben und die Verantwortung vor der Öffentlichkeit in erster Linie trugen? Wenn man das alles aber nicht will, wozu dann eigentlich die nachträgliche kleine Rechnung?

Mitteilungen aus dem Verbandsgebiete.

Borghorst. Unsere sehr gut besuchte Versammlung vom 5. März wurde vom Vorsitzenden mit dem üblichen Gruß eröffnet. Sodann wurde von demselben Bericht erstattet über die Bezirksgeneralversammlung, welcher von dem Kol. Beckmann noch wesentlich ergänzt wurde. Besonders die Beitragserhöhung wurde lebhaft diskutiert. Alle waren wohl für eine Beitragserhöhung zu haben, räumten jedoch dringend eine Bessergestaltung des Unterhaltungsregiments. Dann legte der Schriftführer das Material der statistischen Erhebungen des letzten Vierteljahres des vorigen Jahres dar. Er stellte einen interessanten Vergleich zwischen den Köhlen des III. und IV. Quartals an. Mit einem dringenden Appell, daß doch alle Mitglieder die eingehändigsten Formulare ausfertigen möchten, schloß derselbe seine Ausführungen. Nachdem noch mehrere Ortsgruppenangelegenheiten erledigt, wurde mit der Wahlung, tüchtig zu der am 19. März stattfindenden öffentlichen Versammlung, in welcher der Zentralvorstand bestimmt werden wird, zu agitieren, geschlossen.

Lülfen. Am Sonntag, den 5. März hielt unsere Ortsgruppe ihre monatliche Versammlung ab, und können wir mit Freude begrüssen, daß sich wieder verschiedene neue Mitglieder eingeschrieben hatten. Unser Vorsitzender Severin eröffnete die Versammlung und berichtete in klarer sachlicher Weise über die Bezirksgeneralversammlung. Hieran schloß sich eine lebhaft diskutierte, besonders über die Frankenkasse und Beitragserhöhung. Dann forderte der Vorsitzende die Vertrauensmänner auf zur fleißigen Agitation. Kollege H. Kahlwey stellte für die Vorstandsbildung seine Wohnung zur freien Verfügung. Ihm noch an dieser Stelle besten Dank. Wenn wir so Hand in Hand weiter arbeiten, so wird unsere Ortsgruppe auch wieder blühen und gedeihen. Unsere Mitglieder seien darauf hingewiesen, daß sie die Versammlungen besser besuchen müssen. Es sind immer dieselben, die da fehlen, und es macht für neue Mitglieder einen schlechten Eindruck, wenn die älteren fehlen.

Gusdettler. Am 26. Februar hielt unsere Ortsgruppe ihre Monatsversammlung ab. Kollege Hellebröder berichtete über die Bezirksgeneralversammlung. Eine lebhaft diskutierte entspann sich über die geplante Beitragserhöhung. Wenn auch die Meinungen zunächst etwas auseinander gingen, so war man sich doch schließlich darüber einig, daß eine Erhöhung der Beiträge nur von Nutzen sein könne. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, wonach der Zentralvorstand beschließen möge, von den männlichen Mitgliedern einen vorläufigen Beitrag von 30 Pfg. zu erheben, jedoch möge man, da die Organisation der Arbeiterinnen hier noch sehr im Trüben liegt, von einer Erhöhung der Beiträge für letztere absehen und den bisherigen Satz von 20 Pfg. bestehen lassen. Es wurde nun noch über Fabrikverammlungen und Arbeiterauschüsse gesprochen und einige praktische Winke hierzu gegeben. Auch wurde noch darauf hingewiesen, daß unsere Ortsgruppe vom 1. März ab damit beginne, statistisches Material zu sammeln und den Mitgliedern ans Herz gelegt, die ihnen zugehenden Fragebogen gewissenhaft auszufüllen.

Gusdettler. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung fand am 5. März in der Tonhalle statt. Wegen der Mitgliederzunahme wurden drei Vorstandsmitglieder neu hinzugezählt. Die Wahl fiel auf die Kollegen Jakob Kreier, Johann Kommissar und Heinrich Graf. Als Kartelldelegierte wurden sämtliche Vorstandsmitglieder bestimmt. Der Vorsitzende, Kollege Kamacher, erstattete Bericht über den Streik bei der Firma Lüderrath. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausständigen solidarisch und erinnerte dieselben zu treuem Verhalten. Das ruhige und taktvolle Verhalten der Ausständigen fand lebhaft Anerkennung. Der Vorschlag des Kollegen Kreier, die Streikenden möchten sich vor Ablauf der Karenzzeit bei der Krankenkasse freiwillig als Versicherte anmelden, wurde als richtig anerkannt und beschloffen, die Kosten hierfür aus Sammelgeldern zu decken. Sodann wurden die letzten Vorgänge bei der Firma Josef Kühr einer Kritik unterzogen. Besonders Verwundernd rief die Aussage des jungen Herrn Kühr hervor: „Er habe nichts dagegen, wenn sich die Arbeiter organisierten, jedoch für den Vorsitzenden und Kassierer unserer Ortsgruppe habe er keine Arbeit mehr und müsse sie entlassen.“ Die hiervon betroffenen H. Kamacher und Ley legten den ganzen Sachverhalt und die mit der Firma gepflogenen Verhandlungen ausführlich dar. Das rigide Verhalten der Firma wurde genühmend gewürdigt und sprach die Versammlung hierüber ihre lebhafteste Enttäuschung aus. Der Vorschlag der Firma Kühr wurde volle Sympathie ausgedrückt. Da hier ein offener Kampf gegen die Organisationsvorlage, sei es doppelte Pflicht der Gusdettler Textilarbeiter, dieselbe hochzuhalten und auszubauen. Nur dadurch allein, so wurde allseitig betont, sei es möglich, daß die Arbeiterklasse die ihr zukommende Beachtung erlange. Auf die strittige Aufforderung des Vorsitzenden, wenn in der Versammlung etwas vorgefallen sei, was der Wahrheit nicht entspreche, dieses zu widerlegen, meldete sich niemand. Der Vorsitzende richtete hierauf eindringliche Worte an die jüngeren Mitglieder und an die anwesenden Kolleginnen, die heute zum ersten Mal in unserer Mitte erschienen, sie ermahnen, ehrliche und treue Mitglieder zu bleiben. Dasselbe gelte jedoch auch für alle übrigen Kollegen.

Gusdettler. Unerwartet, aber nicht unvorbereitet haben wir hier schwerwiegende Differenzen in zwei Fabriken. Bei der Firma Lüderrath sind, wie schon berichtet, 105 Arbeiter in den Ausstand getreten. Bei der Firma Kühr haben auch ca. 100 Mann die Kündigung eingereicht wegen Maßregelung des Vorsitzenden der Ortsgruppe und des Kassierers. Die Einigkeit der Kollegen ist gut, trotzdem beide Verbände an dem Ausstand beteiligt sind. Man sollte nun meinen, jede Organisation müßte angestrengt bemüht sein, alles fernzuhalten, was geeignet ist, diese Einigkeit zu zerstören. Dies ist nun jedoch den „Deutschen Textilarbeitern“, so könnten einem doch schwere Bedenken in dieser Hinsicht aufsteigen. An zwei Stellen wird aber die Situation in Gusdettler in „Textilarbeiter“ geschrieben, ein längerer Situationsbericht und eine Notiz, unter „Mitteilungen aus Fachkreisen“. Der erstere kann ohne weiteres von jedem als richtig akzeptiert werden, nicht so der letztere. Während im Situationsbericht die Einmütigkeit treffend betont wird, dem vi. unter „Mitteilungen“ stehende Notiz nur dem ausgesprochenen Zweck für den deutschen Verband Propaganda zu machen. Es heißt dort wörtlich: „Aber alle müssen sich bei der Organisation anschließen. Diese Organisation ist der deutsche Textilarbeiterverband. Nur dieser allein (!) ist in der Lage, dauernd bessere Verhältnisse zu erzielen. Ehrenpflicht eines jeden ist es, diesem Verbande anzugehören und auch die noch fernstehenden auszufordern, in den Verband einzutreten.“ Wenn die Situation nicht so ernst wäre, man könnte darüber lachen. Dem Schreiber obiger Ausföhrung muß aber wohl das Anpassen, in Gefährliche seiner Aufforderung in einer Zeit, wo die Arbeiter zu halten und die die vor dem Gegner und der Öffentlichkeit zu besorgen, eine Hauptaufgabe ist, ganz abgesehen, sonst würde er wenigstens mit seiner Propaganda für seinen Verband bis nach Beendigung des Kampfes warten. Die Lehren des Vergewaltigten müssen spurlos an dem Manne vorbeigegangen sein. Die Situation ist aber hier wie dort eine ähnliche. Aber der Einzelne wird wohl auch zu der Sorte der „Lüdentragten“ gehören, die auch beim Vergewaltigten eine so hohe Rolle spielen, aber zum Wohle der Arbeiter nicht zum Ziele kamen. Die Manu müssen wir doch fragen: Wer ist es, der die Textilarbeiterbewegung durch unermüdliches, opferreiches Arbeiten in Gusdettler in Fluß gebracht hat, so daß er jetzt schreiben kann, es ist eine Lust, heute in der Gewerkschaftsbewegung hier zu stehen? Das weiß in Gusdettler jeder Arbeiter, daß dieses der christliche Textilarbeiterverband war. Wir wollen aber hoffen, daß die Leiter des deutschen Textilarbeiterverbandes die Mühseligkeit besitzen, solche Leute auf die Finger zu klopfen, dies dient zum Wohle der Arbeiter sehr sehr und für die Zukunft.

Gusdettler. Der Ausstand bei der Firma Lüderrath dauert unverändert fort. Drei Kernteamerinnen, an die der Direktor das Ansehen stellte, an den Beschäftigten die Arbeit aufzunehmen, verweigerten dieses und schlossen sich den Ausständigen an. Der Direktor Höbenich hat erklärt, daß er nicht wo (schon zugestanden)

1/2 Pfg. pro 1000 Schuß nicht tun werde. Ihm seien für weitere Zugeständnisse die Hände gebunden. Auf diese Aussage hin wandten sich die Vertreter der Verbände an den Schaaffhausenischen Bundverein in Köln, da dieser ein Hauptbeteiligter bei der Firma Lüderrath ist. Der Vertreter des abwesenden Generaldirektors versprach leutend bei seinem Eintreffen sofort Mitteilung zu machen. Es scheint nun, daß Herr Höbenich bei dem Herrn in Köln seinen Einfluß geltend gemacht hat, wenn von dort würde eine weitere Vermittlung der Verbände erwirkt nicht mehr gewünscht. Herr Direktor Höbenich erklärt jetzt entgegen seinen früheren Behauptungen, daß laut Vertrag mit der Gesellschaft er allein das Recht habe über die Höhe zu bestimmen. In einer Belegchäftsverammlung wurden einstimmig die gestellten Forderungen hochgehalten und noch weiter das Verlangen der Anerkennung des Ausschusses hinzugefügt. Das einmütige und kollegiale Verhältnis der in beiden Verbänden organisierten Arbeiter ist lobenswert und wird ihnen hoffentlich bald die Erfüllung ihrer beschiedenen Forderungen werden.

Der Herr Höbenich hat sich bei der Belegchäftsverammlung nicht das selbe Verhalten. Wir haben bereits mitgeteilt, unter welchen Verhältnissen die Belegchäftsverammlung bis auf zehn Mann die Kündigung eingereicht hatten. In einer Belegchäftsverammlung die am 9. März stattgefunden hat, waren von 115 dort beschäftigten Arbeitern nur 45 anwesend. Nachdem der Bezirksvorsitzende das Verhalten der Firma gegenüber den gemäßigten Kollegen Kamacher und Ley besprochen und zu neuem Zusammenhalten aufgefordert hatte, meldete sich ein Kollege zum Wort und erklärte, daß schon mehrere Kollegen die Kündigung wieder zurückgezogen hätten. Ein anderer machte den Einwand, keiner quittiere seine Arbeit, und es wurde von einem dritten der Vorschlag gemacht, man solle die gemäßigten Kollegen durch Erhebung eines Extrabeitrags in der Ortsgruppe so lange unterstützen, bis sie anderwärts Arbeit gefunden hätten. Nur etliche Kollegen sprachen sich für Aufrechterhaltung der Kündigung aus.

In anknüpfung dieser beschiedenen Sachlage erklärten die Kollegen Kamacher und Ley auf ihre WiederEinstellung zu verzichten. Man einigte sich dahin, die Kündigung zurückzugeben, die Lohnforderung jedoch aufrecht zu halten. Das Verhalten des weitaus größten Teiles der Belegchäftsverammlung mußte uns missfallen. Wenn man den Mut wagt hatte, die Sache konsequent durchzuführen, hätte auch die Kündigung unterbleiben sollen. Hoffentlich wird dieser Vorgang keine schlechten Einwirkungen auf die übrigen Gusdettler Kollegen haben.

Gera. Am 5. März hielt unsere Ortsgruppe Vera im „Rastler“ zu Langenberg eine öffentliche Mitgliederversammlung ab, für welche Kollege Mornlimweg einen Vortrag übernommen hatte. Seinen Ausführungen folgte eine Föhrerchar von ca. 60 Personen mit größter Aufmerksamkeit; merkte man doch, daß das, was der Redner vorbrachte, eine Sammlung eigener Erfahrungen war. An den Vortrag schloß sich eine längere Diskussion. Eine regere Beteiligung der Mitglieder bei derartigen Veranstaltungen wäre wünschenswert.

M.-Glabach. Wie wir in voriger Nummer berichteten, haben die Arbeiter der Firma Schneiders u. Firmen die Kündigung wegen Lohnunterschieden eingereicht. Die Forderungen der Arbeiter bewegen sich in einer Grenze, wie sie schon von anderen Firmen gezahlt werden. Es wurden gefordert für 2-3 Stühle ein Grundlohn pro 1000 Schuß von 9 Pfg., für Einschubstühle von 2-3 gewicht 10, für Einschub 11 Pfg. Für ganz grobe Stühle und sehr geringe Schußzahl wurde 1/2 Pfg. Zuschlag gefordert. Ebenso für den 4. Schuß. Auf diese Forderung wollte die Firma nicht eingehen und bot nur einen Grundlohn von 3 Pfg. pro tausend Schuß. Dies war den Arbeitern aber nicht genug und reichten diese mit Genehmigung des Zentralvorstandes die Kündigung ein. Die Firma sucht jetzt alle Hebel in Bewegung zu setzen, um Arbeitswillige heranzuziehen. Es werden von denselben in den Zeitungen Veröffentlichungen erlassen, welche die Arbeiter in der Öffentlichkeit in Mißcredit bringen sollen. Die Antwort ist man aber nicht schuldig geblieben. Auf Verhandlungen will sie sich nicht einlassen. Derselbe erklärt sie, solche wären zu spät, dann müßte sie den Arbeitern in der weitesten Weise entgegenkommen sein, und lasse sie eine Aenderung nicht mehr eintreten. Ferner teilt sie mit, sie habe beschloffen, in den stillen Sommermonaten ihren Betrieb einzuzustellen und 40 Stühle stillzusetzen. Für die fehlenden 25-30 Weber will sie sich dann neue Leute suchen.

Wenn diese Ansicht der Firma dazu dienen sollte, die Weber einzuschüchtern, so wird sie sich wohl geirrt haben, denn dadurch werden die Leute nicht zur Untüchtigkeit gebracht, sondern ist eher geeignet, sie in ihrem Betreiben zu bestärken. Wenn dann noch nebenbei Gerüchte kursieren, von den alten Webern käme keiner mehr herein (auch solche nicht, die seit Bestehen der Firma bei ihr beschäftigt sind), so kann dies die Einigkeit der Weber nur erhöhen. Um auch noch einen weiteren Druck auf die Weber auszuüben, wurden am vergangenen Samstag die Angehörigen der Weber, die die Kündigung eingereicht hatten, von der Firma getündigt. Wie es scheint, kommt der Firma die Kündigung nicht sehr gelegen, denn neu eintretenden Webern wollte sie unter einer konventionellen Pföhrer von 50 Mark zu einer Arbeitsleistung von vier Wochen verpflichten. Es ergeht hierdurch ein Appell an die Weber von Labach und Umgegend, die Firma so lange zu meiden, bis eine Verständigung mit derselben erfolgt, lange bis sie die gerechten Forderungen der Weber anerkannt hat. Nur dadurch könnte die Sache der Arbeiter gefördert werden, wenn sich eine Anzahl Pföhrer geigneter dazu hergeben würde, den für eine Befreiung ihrer Lage kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen und sich als Handlanger und Helfer der Unternehmer herzugeben. Hoffentlich werden die Weber ihre Arbeit erehre nicht beschmugen und sich zu einer so niederrücklichen Handlungsweise nicht herabwürdigen lassen. Möge alle, soviel in ihren Kräften steht, dazu beitragen, auch den Startpunkt dieser Unternehmung zu beugen, zur Hebung und Stärkung der Weiberlage.

Herolz. Kollege Zeitlich aus Fulda hielt in unserer am 19. Febr. abgehaltenen Versammlung einen „Mitteilenden, schönen Vortrag über die Entwicklung der Volkswirtschaft. An der Hand reichhaltigen Materials wies der Referent die Notwendigkeit des Zusammenrückens der Arbeiter in heutiger Zeit überzeugend nach. Dem Redner wurde für seine Ausführungen lebhafter Beifall zu teil.

Lehshausen. Am 26. Februar wurde durch den Kollegen Brügler in unserer Ortsgruppe Bericht über die Bezirksgeneralversammlung erstattet. Der anwesende Bezirksvorsitzende sprach in einem längeren Vortrage die Notwendigkeit der Beitragserhöhung. In der Diskussion, die ungewöhnlich lebhaft verlief, und an der sich die zuletzt aufgenommenen Mitglieder besonders beteiligten, sprachen sich sämtliche Redner für Einführung der vom Zentralvorstand vorgeschlagenen Sätze von 30, 25 und 20 Pfg. aus. Ein Vorschlag des Bezirksvorsitzenden, diese Sätze schon ab 1. März in unserer Ortsgruppe zu erheben, fand einstimmige Annahme. Der Ueberstich, der sich hieraus ergibt, soll zur Anlegung einer Bibliothek verwendet werden. Die Lehshausener Kollegen sprachen den Wunsch aus, daß die Kollegen allerorten diesem Beispiele folgen möchten. Der Vorsitzende schloß mit dem Wunsche die Versammlung daß die Erkenntnis der Notwendigkeit der Organisation immer weiter in die Arbeiterklasse dringe, zum Wohle dieser selbst.

Münster i. G. Unsere Mitgliederversammlung vom 4. März war gut besucht. Kollege W. erstattete einen ausführlichen Bericht über die Bezirksgeneralversammlung in Basel, hierbei besonders den Nutzen und die Notwendigkeit der Beitragserhöhung betonend. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß die Beschäftigung in der Gegend der Mitglieder liege. Möge das Resultat ausfallen, wie es wolle, es sei Pflicht jedes Kollegen und jeder Kollegin, sich der Majorität zu fügen und der Fahne treu zu bleiben. Niemand möge, wie das leider unser Kassierer getan hat, seine Hände in die Taschen stecken. Jeder möge der edlen Bestrebungen unseres Verbandes gedenken und weiterhin nützlich für das Wohl des Arbeiterverbandes wirken.

Oberförstchen. Am Sonntag, den 19. März findet hier im Restaurant Wü. Sauer eine öffentliche Textilarbeiterversammlung statt, zwecks Gründung einer Ortsgruppe. Zwar ist der Organi-

fationsgedanke hier nichts neues, besteht doch schon seit Jahren eine Lokalorganisation, und vor Gründung dieser waren die meisten Kollegen des Lokalverbandes des Bezirks nach angeschlossen. Die Zeit, diese große Lehrmeisterin, hat erfreulicher Weise auch hier einen fortschrittlichen Umschwung der Bestimmungen bewirkt. So haben wir heute schon eine Anzahl Kollegen, welche dem Zentralverbande christl. Textilarbeiter Deutschlands als Mitglieder angehören. Um aber alle Kollegen geschlossen dieser Organisation zuzuführen, wie es recht ist, findet die Versammlung am Sonntag statt. Bezirksvorsitzender Sienisch wird das Referat halten. Mögen doch alle Kollegen zu dieser Versammlung erscheinen, damit wieder eine geschlossene Einigkeit auf zeitgemäßer Grundlage zustande kommt, stehen und leiden wir doch auch alle unter demselben Druck der Arbeiterverhältnisse. Auch werden die schon organisierten Kollegen der benachbarten Ortschaften Brand, Cornelmünster und Balheim als Gäste eingeladen.

Odenkirchen. Unsere Ortsgruppe hielt am 24. Februar in Milsport eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab. Als Referentin war Fel. Knorr aus M.-Glabach erschienen. Referentin legte in einleitendem Vortrage die Ziele und Zwecke der christlichen Gewerkschaften auseinander und schloß mit einem Appell an die Anwesenden, dem Verbände beizutreten. Der Bezirksvorsitzende, Kollege Hermes, erläuterte dann noch die Ortsverhältnisse und bemerkte, daß wir gerade hier der Organisation sehr bedürftig sind. Eine rege Diskussion schloß sich diesen Ausführungen an. Im Schlußwort forderte Kollege Hermes nochmals auf, dem Verbände beizutreten, da nur durch hartes Zusammenhalten die Aufgaben erreicht werden könnten, welche die christlichen Gewerkschaften sich als Ziele hingestellt hätten. Die Ortsgruppe Odenkirchen kann mit Stolz auf diese Versammlung zurückblicken und wird hoffentlich in nächster Zeit hier ein wesentlicher Aufschwung zu verzeichnen sein.

Osnabrück. In unserer Versammlung vom 5. März erstattete Kollege Walshorn Bericht über die Bezirksgeneralversammlung, woran sich eine längere Diskussion anknüpfte. Zum Punkt Statutenänderung sprachen sich einige Kollegen dahin aus, daß das Sterbegehalt bleiben möge, wie bisher. Es waren auch mehrere Kollegen der Ansicht, daß für die Ortsgruppenklasse mindestens 15 Prozent der Einnahmen gewährt werden müßten. Betreffend des Krankengeldes möchte die Karenzzeit von 10 auf 7 Tage heruntersetzt werden. Für die Beitragserhöhung waren einige Kollegen nicht zu haben, da bei den hiesigen schlechten Lohnverhältnissen dadurch die Agitation zu sehr erschwert würde. Die Mehrzahl sprach sich aber für einen Wochenbeitrag von 30 Pfg. aus. Unter Verschiedenes wurde der Wunsch geäußert, daß man hier bald eine öffentliche Versammlung abhalten möge. Der Vorsitzende schloß mit der Mahnung, die Mitglieder sollten auch in der Öffentlichkeit als standesbewusste und intelligente Arbeiter auftreten, sich vor den sogenannten „Freien“ nicht schämen sondern sich offen als christliche Arbeiter bekennen.

Rheine. In unserer Versammlung vom 5. März, die einen mäßigen Besuch aufwies, sprach zunächst Kollege Walsmann über die Notwendigkeit der geplanten Beitragserhöhung. In der Diskussion sprachen sich mehrere Kollegen in gleichem Sinne aus, und die Anwesenden versprachen, die fehlenden Kollegen nach Kräften für die Erhöhung zu gewinnen. Punkt zwei betraf das neue Statut, besonders die allgemeine Krankenunterstützung, welche eventl. für unseren Bezirk eine Verschärfung bedeutet. Die Versammlung ermächtigte den Vorstand, einen Antrag an den Bezirk zu stellen, damit der Ausschuss die Statuten entsprechend ändere. Kollege Haas berichtete über unsere gemeinschaftliche Einkaufsstufe und forderte die Anwesenden auf, von dieser Einrichtung fleißig Gebrauch zu machen. An Stelle der ausbleibenden Kassiererevoren wurden gewählt die Kollegen Grob und Hfint. Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Rheindahlen. Unsere Ortsgruppe veranstaltete am Sonntag, den 5. März einen Familienabend, welcher einen imponanten Verlauf nahm. Der Vorsitzende, Kollege Otten, hielt die Eröffnungs- und Begrüßungsansprache, die in einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unsern Landesvater ausklang. Hierauf wurde das Wort der Referentin, Fräulein Knorr-M.-Glabach, erteilt, welche in einem klaren Vortrage besonders die Fabrikarbeit der Kinder und verheirateten Frauen geißelte und die Arbeiterinnen aufforderte, der christlichen Gewerkschaft beizutreten. Für ihre schönen und überzeugenden Worte wurde der Referentin lebhafter Beifall geleistet. Nummer erhielt das Wort Herr Gewerkschaftssekretär Köhling-Jüdelhof. Dieser zeigte unter anderem, wie der einzelne Arbeiter nicht in der Lage sei, auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen einen Einfluß auszuüben, daß deshalb die Arbeiter sich zusammenschließen müßten. Die Gewerkschaft dürfe nicht mit einem Vergnügungsverein verglichen werden, hier handle es sich vielmehr um erste Kulturarbeit. Großer Beifall lohnte den Redner für seine lebhaften Ausführungen. Hierauf ergriff das Wort der hochw. Herr Oberpfarrer Dr. Fink-Rheindahlen. In längerer Ansprache betonte derselbe besonders, daß er, in Uebereinstimmung mit dem ganzen christlichen Epöskopat, den christlichen Gewerkschaften volle Sympathie entgegenbringe. Pflicht aller Arbeiter sei es, sich der Gewerkschaft anzuschließen, und da komme für den christlichen Arbeiter auch nur die christliche Gewerkschaft in Betracht. Diese Wahrheit väterlichen Worte fanden bei den Versammelten freudigen Widerhall, der sich am Schluß der Rede in lebhaftem Bravo Lust machte. Nachdem der Vorsitzende den Herrn Rednern gedankt hatte, wurde der offizielle Teil geschlossen. Es wechselten nunmehr gemeinschaftliche Lieder mit humoristischen und theatralischen Vorführungen ab, welche die Nachmüden in beständiger Bewegung hielten. Gegen 10 1/2 Uhr war das Programm erschöpft und verließen die Teilnehmer den Saal in dem Bewußtsein, einen gebiegenen und genußreichen Abend verlebt zu haben. Alle von uns eingeladenen Ortsgruppen, die uns mit ihrem wertigen Besuche beehrt haben, statten wir unsern besten Dank ab.

Schiffbeck. Unsere Ortsgruppe hielt am 1. März eine Mitgliederversammlung ab. Dasselbe war auch von Kolleginnen gut besucht. Nachdem der geschäftliche Teil erledigt, sprach der Vorsitzende über das Amt eines Hilfskassierers. Es ist in letzter Zeit oft vorgekommen, daß der Kassierer zu einigen Mitgliedern zwei, auch dreimal hat hingehen müssen, ohne daß er den Beitrag hat erhalten können. Kam er dann an nächsten Sonntagabend, und die betreffenden waren zugegen, so wurden die Leute grob. Diesen Uebelständen abzuhelfen, ist Sache der Mitglieder. Kann der eine oder der andere nicht in der Wohnung bleiben, bis der Kassierer dagewesen ist, so wird wohl ein Nachbar die Gefälligkeit haben, den Beitrag in Verwahrung zu nehmen. Dem Vertrauensmann kann vorher gesagt werden, wo er alles findet, und jedem ist geföhnen. Kollege Fejig-hofer referierte über das Thema: „Der Uprising der Gewerkschaft und ihre Entwicklung.“ Reicher Beifall erteilte der Kollege für seinen hochinteressanten Vortrag. Dann folgte der Punkt Beitragserhöhung. Zu diesem äußerte sich der Vorredner. Wird dieser Punkt angenommen, und das wäre zu wünschen, so bedeutet das auch einen Schritt in unserm Gelbbeutel. Da werden einige sagen: Ja, der Zentralvorstand hat gut Beitragserhöhung ausgeschrieben! Doch man muß auch bedenken, der Vorstand hat die Gewerkschaftsbewegung studiert und weiß was Not tut, er werde auch diesmal das Richtige getroffen haben. Denn eine Gewerkschaft ohne materielle Stärke kann nichts ausrichten. Das muß einem jeden einleuchten. Es wurde noch über das Arbeitsverhältnis in der Gutefabrik diskutiert, wobei Uebelstände, die von den Arbeitern selbst verursacht, scharf gerügt wurden. Mit dem Grusse „Gott segne die christliche Arbeit“ fand die so schön verlaufene Versammlung einen würdigen Abschluß.

Wettstein bei Colmar i. G. Im Anschluß an die vor einiger Zeit in Hugelbach stattgefundene Fabrikverammlung hat sich am hiesigen Orte eine Zählstelle gebildet. Am die Entwicklung derselben zu fördern, fand am 6. März eine Privatversammlung statt, in welcher Kollege Fischer von Müllhausen über die Notwendigkeit und Aufgaben der christlichen Gewerkschaften referierte. Auch in dieser Versammlung hatte sich wieder der berühmte Genosse Möhring von Colmar eingeladen, der es sich, wie es scheint, zur Aufgabe gemacht hat, durch seine Stänkereien und insamen Verächtigungen der christlichen Gewerkschaften, den Anschluß der Arbeiter an die letzteren zu

